

Medienmitteilung des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV vom 29. August 2014

## Nein zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“

**Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband SBLV sagt Nein zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ am 28. September 2014. Das aktuelle System mit 61 privaten Krankenkassen hat sich grundsätzlich bewährt. Gewichtige Nachteile für die ganze Bevölkerung sprechen gegen ein Ja für eine Einheitskasse.**

- Staatliche Gesundheitssysteme tendieren zu Verschuldung und zu schlechter Qualität. Das jetzige System hat einen guten Ruf.
- Die Wahlfreiheit wird abgeschafft. Diese zwingt die Krankenversicherer zu höherer Effizienz und Servicequalität. Dank der Freiheit, die Krankenversicherung selbst zu wählen, können sich die Kunden das Angebot mit dem besten Preis- Leistungsverhältnis aussuchen.
- Versicherte erhalten höhere Servicequalität. Auf unzureichende Dienstleistungen können sie mit einem Versicherungswechsel reagieren.
- Die Umstellungskosten von rund 2 Milliarden Franken von der privaten zur staatlichen Krankenversicherung müssten über die Prämien abgewälzt werden, was einen Kostenschub bei den Prämien auslösen würde.
- Eine Einheitskasse führt eher zu steigenden Prämien, weil kein Wettbewerb stattfindet.
- Prämienrabatte für Kinder wären nicht mehr zulässig, da einheitliche Prämien vorgeschrieben sind.
- Verwaltungskosten und Werbung beanspruchen nur einen sehr kleinen Teil der Gesundheitskosten. Das Sparpotential wäre dementsprechend klein.

Ein Ja zur Initiative hätte zudem grosse und negative Auswirkungen für die Landbevölkerung. Die Landbevölkerung beansprucht bedeutend weniger oft medizinische Leistungen als die städtische Bevölkerung, weil das Angebot an medizinischen Dienstleistungen viel kleiner und der Aufwand für einen Arztbesuch grösser ist. Mit einer staatlichen Einheitskrankenkasse mit einheitlichen Prämientarifen würden deshalb Menschen in ländlichen Regionen für ihr vernünftiges Verhalten empfindlich gestraft.

Bekennen wir uns zur Selbstverantwortung und lehnen diese Volksinitiative ab!

*Auskunft:*

*Annekäthi Schluep-Bieri, Präsidentin Kommission Familien- und Sozialpolitik SBLV,  
Tel. 078 839 29 31, [annekaethi.schluep@sunrise.ch](mailto:annekaethi.schluep@sunrise.ch)  
[www.landfrauen.ch](http://www.landfrauen.ch)*